



01. Juli 2026

## Postulat

von Janina Flückiger (Grüne),  
Catalina Gajardo Hofmann (Grüne)  
sowie  Mitunterzeichnenden

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen und in Form eines Berichts darzulegen, wie er sich gegenüber Kanton und Bund für einen wirksamen, verbindlichen Hitzeschutz aller Arbeitnehmenden einsetzen kann. Insbesondere soll er prüfen, wie er sich für verbindliche Schutzmassnahmen seitens Arbeitgeberschaft ab definierten Temperatur- und Luftfeuchtigkeitsschwellen mit einem Recht auf Arbeitseinstellung, wenn diese nicht erfüllt wird, einsetzen kann.

## Begründung:

Der Schutz der Gesundheit am Arbeitsplatz ist in der Schweiz Sache des Bundes (Arbeitsgesetz, Art. 6 ArG, sowie Verordnung 3 zum Arbeitsgesetz, ArGV 3) und wird von den kantonalen Arbeitsinspektoraten und dem SECO vollzogen. Die Stadt Zürich kann private Arbeitgeber\*innen weder zu eigenen Hitzeschutzmassnahmen verpflichten noch deren Arbeitsbedingungen kontrollieren. Was sie aber kann und tun muss: ihr politisches Gewicht einsetzen, dort wo Menschen heute unter der Hitze leiden und arbeiten. Der Stadtrat hat mit der Fachplanung Hitzeminderung erste Massnahmen für die Bevölkerung eingeleitet. Dieser Schutz darf nicht an der Baustellenabspernung oder der Bürotür enden.

Heute bestehen für die Arbeit bei Hitze lediglich Hinweise des SECO mit reinem Empfehlungscharakter. Das genügt nicht. Die Hitze fordert jeden Sommer Todesopfer; verbindliche Mindeststandards sind überfällig. Die Stadt Zürich soll sich deshalb bei Kanton und Bund mit Nachdruck dafür einsetzen, dass:

- der Gesundheitsschutz bei Hitze am Arbeitsplatz auf Bundesebene verbindlich verankert wird (statt blosser Empfehlungen): verbindliche Schutzpflichten ab definierten Temperatur- und Luftfeuchtigkeitsschwellen sowie ein Recht auf Arbeitseinstellung, wenn diesen Pflichten nicht nachgekommen wird;
- bei besonders belastenden Tätigkeiten im Freien ab einer kritischen Temperatur und Luftfeuchtigkeit ein verbindlicher Unterbruch gilt;
- die Schlechtwetterentschädigung der Arbeitslosenversicherung für hitzebedingte Arbeitsausfälle mit klaren Temperatur- und Luftfeuchtigkeitsschwellen geregelt und über die heute erfassten Branchen (im Wesentlichen Bau und Forst) hinaus auf alle von Hitze betroffenen Erwerbszweige – etwa Pflege, Gastronomie, Verkehr und Logistik – ausgeweitet wird, damit Betriebe für notwendige Unterbrüche entschädigt werden und kein wirtschaftlicher Druck zur gesundheitsschädigenden Weiterarbeit entsteht;
- das kantonale Arbeitsinspektorat (AWA) seine Kontrollen bei Hitzewellen verstärkt.

Zusätzlich soll der Stadtrat prüfen, ob und wie die Stadt besonders betroffene Branchen und ihre Beschäftigten ergänzend unterstützen kann.





**Unterschriftenliste Mitunterzeichnende**

Vorname, Name, Partei in Druckschrift:

Unterschrift:

Vorname, Name, Partei in Druckschrift:	Unterschrift:
1 Leonora Seiler, Grüne	
2 Martin Bueckers, Grüne	
3 Selina Walz, Grüne	
4 Sarah Döbler, Grüne	
5 Sibylle Kauer, Grüne	
6 Simone Wolner, Grüne	
7 Fabian Steger, Grüne	
8 Brigitte Füre, Grüne	
9 Roland Hohmann, Grüne	
10 Yves Henz, Grüne	
11 Urs Riklin, Grüne	
12	
13	
14	
15	
16	
17	
18	
19	
20	